

Correspondent

Ersteinst

Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 3. März 1904.

№ 26.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Wenn man dem neuen Jahre bei seinem Beginne das Horoskop gestellt hätte, so könnte man schon bis dato sehr viel unangenehme und recht wenig erfreuliche Enttäuschungen erlebt haben. Das bekannte Bonmot von dem Raubmörder, der da meinte, die Woche fängt gut an, als man ihn am Montag köpft, könnte man füglich auch auf die Zeit bis Mitte Januar anwenden, über die wir nachstehend ein kurzgefaßtes Bild geben wollen.

Mit der Aufhebung der Töpferaussperrung am 2. Januar eingehend, die trotz der noch einige Wochen dauernden Nachgespräche einen für die beteiligte Arbeiterschaft befriedigenden Auslauf nahm, da der Unternehmer sehrlichselbes Verlangen nach Zerstückung der Töpferorganisation abgeschlagen werden konnte, hätte man sich die Jahresubertüre schon gefallen lassen können.

Bald aber darauf — am 18. Januar — erfolgte die Kapitulation in Crimmitschau. Nach nahezu 22 Wochen, trotz reichlichster materieller Unterstützung, endete der bis jetzt größte Kampf in Deutschland mit einer völligen Niederlage der Arbeiter. Gleich einem elektrischen Schläge durchzuckte diese Kunde die in nie dagewesener Begeisterung für die Crimmitschauer Textilarbeiter entsannnte deutsche Arbeiterschaft. Es fällt uns nicht bei, im „Corr.“ dem Drama von Crimmitschau noch einen großen Nekrolog zu widmen, da wir doch während des Kampfes es an Meinungsäußerungen nicht haben fehlen lassen; deshalb also nur die notwendigsten Ausführungen als Nachwort. Es raucht in dem deutschen Wälderwalde schon bis zum Bedenklichen von den Lehren des Crimmitschauer Kampfes; man bekam diese Drakeleien schließlich herzlich satt, weil sie meistens nicht den Grund zu erschöpfen vermochten, da kam — zum Glück möchte man fast sagen — zu Anfang der zweiten Februarwoche die Nachricht von der Entfesselung der Kriegesur in Ostern. Nun sprang die sogenannte öffentliche Meinung auf dieses ergiebiger Gebiet über, denn Blätter vom Schlage der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ dürfen doch um keinen Preis der Welt fehlen, wenn es dem Rechte und dem Schwächeren an die Gurgel geht. Nach dem noch immer in hoher Notierung stehenden Grundsatz „Gleiche Bräute, gleiche Bäuche“ hat dieses wahrhaft unparteiische Leipziger Großblatt in Crimmitschauer Kampfe gehandelt, verfährt es in Leipziger Gießereistreife, nimmt es zum Werteskonflikte Stellung (dabei unsern Standpunkt umfänglich und trotz Anrempelung von unsrer Seite sich ebenjowenig zu einer Nichtigstellung bequemt wie die gleich nobler und wahrheitsstrebender Handlungsweise gegen uns sich schuldig gemachte „Leipziger Volkszeitung“) und verfährt es nun auch beim russisch-japanischen Kriege. Das anfängliche Herunterreißen des kleinen Japan und der geradezu abstoßende Bauchrutsch vor der russischen, kulturhemmenden Zärfarenwirtschaft entspricht so ganz der von den reich bezahlten Generalsekretären dem sein gegängelten Unternehmertume mit großem Erfolge eingepaukten Regel: Wer die Macht hat, braucht kein Gentleman zu sein. Die Crimmitschauer Fabrikanten sind das gewißlich auch nicht; wir haben erst kürzlich vom Bundesratstische im Reichstage vernommen, daß diese Textilbarone keineswegs Engel seien und dero Herren Söhne noch um ein Bedeutendes weniger. Wir schreiben deshalb auch bei Beendigung des Kampfes, daß das Vae victis jedenfalls zu vollster Verwirklichung kommen würde. Und wie verdeutlichen sie den Arbeitern das „Wehe den Besiegten!“ Bis Anfang Februar hatten sich 41 Fabrikanten der ersichtlich gern auf sich genommenen Mühe unterzogen, ihre geknechteten Arbeiter aus der so geknackten Organisation, aus dem Textilarbeiterverbande, aus eigenem abzumelden. Wenn man einem solch törichtigen Beginnen eigentlich auch mit der Ruhe des zuletzt Ladenden zusehen könnte in der Annahme, daß die Arbeiter diesen Austritt nur als formell gesehen betrachten, so bleibt doch aber auch die andre Seite der Medaille zum Ansehen. Und da kann sich ja nur das ganze gesunde Empfinden dagegen aufbäumen, gegen solche Gewalttätigkeiten und Verletzungen des Rechtes der persönlichen Freiheit eines jeden Einzelnen. Die sozialdemokratische Fraktion hat denn auch wieder eine Resolution eingebracht, welche Strafbestimmungen zum § 153 der Gewerbeordnung schaffen will für Unternehmer, welche sich verabreden oder vereinigen, um Arbeitern wegen Ausübung des Koalitionsrechtes ihr ferneres

Fortkommen oder die Arbeitsgelegenheit erschweren, sie nicht in Arbeit nehmen oder sie aus der Arbeit entlassen. Und der Vorstand des Textilarbeiterverbandes hat in öffentlichen Maueranschlägen in Crimmitschau energisch gegen diesen Rachezug der Fabrikanten protestiert, welchen dieselben gar als „gefeslich und fittlich einwandfrei“ bezeichnen. Nicht zum letzten maq ihn auch die Besorqnis geleitet haben, daß auf diese Weise der Banfelmütigen nicht kleine Schar der Organisation verloren gehen könnte. Das wäre zweifellos der schlimmste Schlag, der schönste Sieg aber für die Unternehmer. Die Herren erklärten ja schon mit biedermännlichem Anstande von ihrem Verbande in der Deffentlichkeit:

„Nicht gegen berechtigte Forderungen der Arbeiter wendet er sich, sondern er will nur die nachteiligen Einflüsse beruismäßiger Heher ausschalten. Dann wird er nicht allein zur Hebung der Arbeiterschaft beitragen, sondern es werden sich alsbald unter den Arbeitern selbst Elemente finden, die den Einfluß der beruismäßigen Streikheher zu brechen im stande sind. Mit solchen Arbeitern über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln, wird sich kein vernünftiger Arbeitgeber weigern. Schließlich vertreten wir ja nicht den einseitigen Unternehmerstandpunkt, sondern die Gemeinamkeit der Interessen der Industrie.“

Wenn wir gleich auch zu den „beruismäßigen Streikhehern“ zählen — der Weichensteller Schwarz sagt es ja in allen seinen öffentlichen Sprachproben — so wollen wir ausnahmsweise den Herren Fabrikanten glauben, daß sie, die zu keinem Verhandeln vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichtes zu bewegen waren, nun gern bereit sind, mit den Arbeitern ihrer Wahl und ihres Wunschjes vernünftig über die Arbeitsbedingungen zu reden. Wir würden eine diebische Freude empfinden, wenn auf dem nicht mehr ungewohnten Wege der Unterhandlungen an einem Tische nun endlich der von den sächsischen Textilarbeitern bereits vor 30 Jahren geforderte Pohnstundentag zur Tatsache werden würde. Allerdings, es wird den dortigen Unternehmern nicht so leicht werden, die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden zu verkürzen, ihre Lage ist durchaus nicht so glänzend. Denn was will es besagen, wenn sich aus der amtlichen Einkommensteuerstatistik von Crimmitschau ergibt, daß in der Klasse mit 10000 bis 11000 Mk. Einkommen sich nur 14 Personen befinden und daß es in den um je 1000 Mk. Einkommen anliegenden höheren Klassen auch nur 15, 12, 13, 5, 4, 7, 4, 4 Steuerpflichtige gibt und daß in der höchsten Klasse mit über 30000 Mk. jährlichem Einkommen sich nur 23 Zensiten befinden! Da wird es eben schwer halten, die während des Kampfes oft getane Neuerung wahr zu machen, daß man nämlich ganz gern eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lasse, wenn dies allgemein in der Textilindustrie der Fall sein würde. Die Lohnfrage hat mit Ausnahme bei der „Arbeiter-Zeitung“, die immer noch das Terrain nach ihren 3000 Mk.-Arbeitern mittels Scheinverwerfen absucht, und den Fabrikanten keine ausschlaggebende Rolle gespielt. Es kann auch zugegeben werden, daß in manchen Gegenden Deutschlands und für gewisse Erwerbszweige in den Großstädten ebenso schlechte und vereinzelt noch schlechtere Lohnverhältnisse bestehen, aber man braucht nicht einmal der padenden Schilderung der Crimmitschauer Zustände durch Alice Salomon aus Berlin in Nr. 16 der „Sozialen Praxis“ zu folgen, man nehme einfach wieder die amtliche Statistik zur Hand, welche ausweist, daß beinahe 75 Proz. der Crimmitschauer Bevölkerung ein Einkommen von nicht 800 Mk. jährlich hat, was wohl alles sagt. Und während der 22 Wochen haben die Arbeiter dort mit den Unterstützungen von 9 Mk. für die schon vorher organisierten nebst Zuschlag von 75 Pf. pro Kind bis zur Höhe von 3 Mk. und 6 bis 7 Mk. für die Frauen und alleinstehende Arbeiter ja auch nicht die allgewohnten Verhältnisse vergessen gelernt. Wenn jedoch die jetzt auf einmal so sozial gefärbten Fabrikanten auch in dieser Beziehung zu billiger Verständigung geneigt wären, so würde damit lediglich ein Akt der Notwendigkeit erfüllt sein. Dann, d. h. wenn die Crimmitschauer Textilindustriellen mit ihren Friedenszerklärungen auf dem Papiere, mit ihrer ebenfalls auf dem Papiere stehenden Verneinung des einseitigen Unternehmerstandpunktes nicht dieselbe ungeheure Komödie spielen würden

wie Zar Nikolaus II. mit seinem Friedensmanifeste und die Mächte mit der Farc des Haager Schiedsgerichtes, dann wären auch die viel erwogenen Lehren des Crimmitschauer Kampfes ganz andere als die sich jetzt aufdrängenden. Wie die Dinge nun aber einmal liegen, trifft noch alles zu, was im „Corr.“ gelegentlich der Konferenz der Zentralvorstände in Nr. 36 v. J. über die Zentralisierung von größeren Aktionen gesagt ist und in Nr. 149 v. J. nochmals bekräftigt wurde. Wir wollen durchaus nicht in das Trübsalhorn von Wein haufen stoßen, welches derselbe bald nach Beendigung des Kampfes in der „Nation“ erklingen ließ, aber es muß mit allem Nachdruck betont werden, daß das Kampffeld nun definitiv ein völlig verändertes geworden ist. Trotz alles Konkurrenzhaders hat der grimmige Streit dort unten im Weisheitale das deutsche Unternehmertum in einer Weise sammengeschnitten, gegen die das schönste Latein der besten Theoretiker ganz kläglich verblaßt; wer das vor etlichen Jahren prophezeit hätte, wäre einfach zum Gespötte geworden. Mit dem Irrtume der Unterschätzung der unternehmerischen Kraft und der Widerstandsfähigkeit der Großindustrie kann und muß nun endgültig gebrochen werden, wie man die unselbige eigne Ueberhöhung als selbstmörderische Torheit schlemmigt über Bord werfen sollte. Es ist jetzt schon im Keinen und selbst mit den besten Organisationsverhältnissen nicht so leicht, einen Kampf gegen das Unternehmertum schnell und wirklich erfolgreich zu gewinnen, was sollen da erst wenig geschlossene Kadres gegen ein festgefügtes, materiel und vornherein überlegenes feindliches Korps auszurichten vermögen! Die Gewerkschaften werden also durch die reale Macht der Tatsachen nunmehr endgültig zu einer andern Taktik gebrängt. Mit Phrasen und hohlen Entrüstungsresolutionen ist ebenjowenig etwas getan als mit schwach gefüllten Kassen, mit dem Vertrauen auf den offenen Beutel anderer und mit schlecht organisierten Massen ins Feld gezogen. Wie schon zuletzt gesagt in Nr. 149: Davieren und nötigenfalls geschickt ausweichen, immer aber das Pulver trocken halten und vor allen Dingen stets gewappnet bis an die Zähne. Einem einigermaßen gut organisierten Unternehmertume gegenüber darf niemals alles auf eine Karte gesetzt werden, der Standpunkt „alles oder nichts“ muß aufhören, aufhören muß aber auch die leidige Gewohnheit, monatelang vorher Kriegsrat auf öffentlichem Markte zu pflügen. Die Unternehmer sind auch in dieser Beziehung gewiß ein leuchtendes Beispiel. Man muß auch der so auffällig in die Deffentlichkeit getragenen sogenannten Kundgebung (2. Februar in Breslau) für den sozialen Frieden des Verbandes schlesischer Textilindustrieller mit der Reserviertheit des kühl erwägenden Gegenparts näher treten. Es ist gewiß ein schönes Programm, was sich die bisher doch auch nicht gerade im Verdachte übertriebener Humanität stehenden Textilindustriellen Schlesiens nach dem Falle von Crimmitschau zusammengestellt haben. Es heißt nämlich über jene Versammlung in der offiziellen Darstellung:

„Zweck der Versammlung war die Ausgestaltung des Verbandes, der bisher nur wirtschaftliche Interessen vertrat, zu einer Organisation, der auch die Förderung und Erhaltung des sozialen Friedens als Aufgabe zufällt. Für die Beweggründe zu dieser Ausgestaltung und den Geist, in dem sie gedacht ist, gibt das vom Verbandsausschusse beschlossene Einladungsschreiben zu der Versammlung Auskunft, welches den Gedanken einer Bekämpfung berechtigter Arbeiterforderungen weit von sich abweist, das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkannt und in dem Sage gipfelt, daß die richtige Mitte zwischen den Forderungen der Arbeiter und den Rücksichten, die die Unternehmer ihrer Selbsterhaltung schuldig sind, nur dann gefunden werden könne, wenn beiderseits gebildete Organisationen sich gegenüberstehen und wenn an die Stelle des Kampfes der Vertrag zwischen zwei ebenbürtigen Gegnern träte. Diese Tendenz kam auch in dem zur Beratung gestellten Entwurfe eines neuen Statuts zur Geltung. Dieses weist dem Ausschusse unter andern auch die Aufgabe zu, im Falle von Arbeitseinstellungen oder sonstigen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern — nötigenfalls auch ohne Anrufung des beteiligten Arbeitgebers — zu intervenieren, die Verhandlungen zu führen und auf einen gütigen Ausgleich hinzuwirken.“

Der Entscheidung des Ausschusses hat sich der Unter-nehmer auch dann zu unterwerfen, wenn sie ihm böllige oder teilweise Erfüllung der Arbeiterforderungen vorschreibt; allerdings hat dafür auch derjenige Unter-nehmer, dessen Widerstand gegen Arbeiterforde-rungen für gerechtfertigt erachtet wird, An-spruch auf energiegeliche Schutz gegen Verge-waltigung, auf weitgehende moralische und finanzielle Unterstützung des Verbandes."

Das sind gewiß schöne Worte. Aber wie manches herrliche Programm schon hat seine Uebersetzung nicht in die Praxis gefunden! Der Schlußsatz zeigt übrigens in deutlicher Sprache die Nebenseite dieses sozialen Friedens. Deshalb — wir könnten ja noch länger bei diesem Punkte verweilen, haben aber gerade oft genug schon unsere wohlmeinende Stimme hören lassen — kann man wieder und wieder nur die Ausbreitung und den Ausbau der Organisation in finanzieller und prinzipieller Beziehung als oberstes Gebot der Gewerkschaftsbewegung bezeichnen und die möglichste Erreichung dieses Zieles im kategorischen Imperativ fordern. Organisationen, wie der Textilarbeiterverband mit 11 Proz. männlichen, 2,11 Proz. weiblichen, zusammen also mit nur 6,38 Proz. organisierten Berufsangehörigen, können keine Verge-zen, am wenigsten im Zeitalter der Syndikate und Trusts!

Nachdem wir dies schon vor einiger Zeit geschrieben, hören wir von einem Vortrage, den der zweite Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Leipart, über die Lehren von Crimmitschau in Stuttgart gehalten hat. Leipart moniert, daß die Crimmitschauer nicht die endgültige Antwort der Fabrikanten abgewartet, sondern gleich los-geschlagen hätten. Die Flugblätter wären auf einen Ton gestimmt gewesen, der besser vermieden wäre. Außerdem hätte den Textilarbeitern in Crimmitschau es von vorn-herin an Schulung und Disziplin gefehlt, sonst wären ihrer nicht so viele zum Streikbrecher geworden. In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ antwortet einer der Streik-leiter dem Führer der Holzarbeiter auf dessen Fragen nun folgendes: Bei Ausbruch des Kampfes waren in Crimmitschau 5500, ein halbes Jahr vorher 3500, gleich 50 Proz. der Ausgesperrten, organisiert. Seit fünf Jahren seien die Arbeiter jedes Jahr an den Fabrikantenverein mit ihren Forderungen herantreteten, aber jedesmal ab-schlägig beschieden. Wie die Dinge im vorigen Jahre lagen, hätten die Unternehmer den unvermeidlich gewordenen Kampf jedenfalls so lange verschleppt, bis die not-wendigen Sachen fertig gestellt waren und dies mußte verhindert werden. Die Zahl der Streikbrecher habe bei Beendigung 2231 betragen, davon seien 460 fremde ge-wesen. Unter diesen nach Abzug der Fremden verbleiben-den 1771 hätten sich eine Anzahl von Frauen der Meister und sonstigen Angestellten befunden, die vordem nicht in den Fabriken gearbeitet hätten. Diese Crimmitschauer Darstellung sagt uns nichts Neues. Fehler kommen bei jedem Kampfe vor, in Crimmitschau sind ihrer nicht die wenigsten gemacht. Für uns steht eben fest, daß ohne die klaffenden Maßnahmen der unteren und oberen sächsischen Behörden der Crimmitschauer Kampf nach längstens sechs Wochen ad acta gelegt worden wäre. Die vielen und fast immer großen Kämpfe der Textilarbeiter haben in Anbetracht der ganzen Verhältnisse bei dieser Arbeiter-kategorie für uns immer etwas Bedenkliches gehabt, nach den nun mit Crimmitschau gemachten Erfahrungen haben tatsächlich alle Gewerkschaften das größte Interesse daran, den Textilarbeitern zu bedeuten, daß beim Kriegsführen nicht in erster, sondern in allerletzter Linie erst auf die materielle Sympathie der anderen Organisationen gerechnet werden darf, die doch im eignen Hause Arbeit und Sorgen genug haben.

Ein anderer Kampf, der Streit der Drahtzieher in Langenbreez, ging ebenfalls in der ersten Januarhälfte nach langer Dauer verloren. Er wurde anscheinend fast ausschließlich von Kirch-Dumdercker Gewerksvereinsern ge-führt, seine Nichtbeachtung ist daher aber erklärlich, wenn auch nicht berechtigt.

Die Eingabe des Tarif-Amtes an den deutschen Reichstag um Schaffung eines Gesetzes, dessen Ziel „der gänzliche Fortfall bitterer Kämpfe zwischen zwei zusammen-gehörenden beruflichen Gruppen sein möge“, stellt unter diesen Umständen einen bedeutsamen Vorgang dar. Es ist schon in der „Mündschau“ an verschiedenen Beispielen ge-zeigt, wie dieser freimüthige Schritt unserer obersten Tarif-behörde aufgenommen ist. Daß aber Weinhausen in seinen in der „Nation“ angestellten Betrachtungen über die Lehren von Crimmitschau auch in diesem Falle wieder jenseitige Ansichten äußern würde, daß dieser national-soziale Heerzug mit Aufstufungen wie:

„Es ist freilich schwer einzusehen, in welcher Weise die Wegschaffung dieser freien Verträge zwischen Unter-nehmer und Arbeiterschaft künstlich schaffen soll. Sie haben nur dann Zweck, wenn sie auf dem freien Willen, der wirtschaftlichen Einsicht der Vertragsschließen-den begründet sind. Wenn die Parteien unter gesetz-lichem Zwange Frieden schließen müssen, werden die Verträge doch nicht peinlich genau eingehalten. Jeder sucht nach Vorwänden, um wieder loszuschlagen zu können. Außerdem zeigt auch gegenwärtig gerade der Schrift-gießerstreik in Leipzig, daß die besten Tarifverrichtungen nicht vor weiteren Kämpfen im Wirtschaftsleben schützen. Immerhin kann es nicht schaden, wenn unter dem Eindruck der Crimmitschauer Niederlage nachdrücklich auf den Segen der Tarifgemeinschaften hingewiesen wird“ ein wirklich nicht bei ihm vorausgesetztes Minus von Ver-ständnis für den gerade in seinen Kreisen ständig im

Munde geführten sozialen Frieden offenbaren würde, hätten wir wirklich nicht erwartet. Daß Weinhausen auch von einem „Tarif-Amte des deutschen Buchdruckerverbandes“ spricht, bekämpft nur unsere Meinung von Weinhausens mangelnder Kenntnis der so viel behandelten sozialen Verhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe. Andere und sogar angesehenere Zeitungen — wie die „Kölnische Volks-zeitung“ — bewegen sich zwar in gleichen Irrtümern, bei diesen fällt jedoch dieser Umstand nicht so in die Wag-schale als bei einem Manne wie Weinhausen.

Fanny Jule gibt in ihrer Zusammenstellung („Soziale Praxis“ Nr. 18) der bis zum Januarmitte abgeschlossenen Tarifverträge deren Zahl auf 23 an, 16 sind allge-meiner örtlicher Natur, 7 sind Firmentarife. Der be-deutendste ist jedenfalls der unter tätiger Mitwirkung des Dresdener Oberbürgermeisters Beutler zustande ge-kommene Arbeitsvertrag der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter für die um Dresden liegenden Orts-schaften. Derselbe sieht niedrigere Löhne als in der Stadt vor, lehnt sich im allgemeinen aber den dort geltenden an. Für Krossen und 100 Dörfer (was ein bißchen viel ist) der Umgegend ist bis zum April 1906 eine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses erfolgt, dergleichen in Krefeld durch Zusammengehen der freien und der christ-lichen Maurer, in Köln sind die Zimmerer gleich den dortigen Maurern zu einem korporativen Vertrage ge-kommen. Dergleichen die Hamburger Gärtner, mit welchem Erfolge die Vereinigung der beiden Verbände sich recht verheißungsvoll eingeführt hat. Dieser zunächst nur bis April 1905 geltende Vertrag von Organisation zu Organi-sation regelt die Löhne und die Arbeitszeit. Eine als gemeinsame Leitung geschaffenes Tarif-Amt, dessen Obmann ein unbeteiligter Dritter, wenn möglich ein Jurist sein soll, entscheidet über Streitigkeiten, hat als Hauptaufgabe die Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz zu betreiben, soll die Uffordarkeit beseitigen und muß die Oberleitung über den mitgeschaffenen paritätischen Arbeitsnachweis — den ersten bei den Gärtnern — führen. Die Musterzeichner in Gera wie die Lederarbeiter in Karlsruhe haben es ebenfalls zu Tarifverträgen gebracht. Der korporative Vertrag im Berliner Braugewerbe ist auf drei Jahre zu besseren Bedingungen für die Arbeiter verlängert worden, in München hat man es aber noch zu keinem örtlichen Tarife bringen können. In der Maßschußbranche Beckins scheiterten die Tarifverhandlungen. Die Feingoldschläger-branche steht vor bedenklichen Erschütterungen. Durch die Nichterhaltung der vereinbarten Verkaufspreise sind allein in Nürnberg 20 Proz. der männlichen Arbeiter be-schäftigungslos geworden. Die Arbeitgeber, welche sich also als unfähig zu einer von ihnen selbst mit beschlossenen Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz und Regelung der Produktion erwiesen haben, wollen nun ihre Organisation auflösen, um von der hohen Preisfestsetzung und den Tarifvereinbarungen mit den Arbeitern los zu kommen. Daß der Gedanke der Tarifgemeinschaft, welcher ebenfalls ja in der Wiederaufnahme der abgeschlossenen Tarifverträge eine Befähigung findet, immer mehr an Ausdehnung gewinnt, zeigte auch das Organ der süddeutschen Zimmer-meister, welches aus eingehenden Betrachtungen heraus schlußfolgerte, daß eine Tarifgemeinschaft wie bei den Buch-druckern sehr wohl auch im Zimmergewerbe sich durchführen ließe. In Genf hat man sich übrigens ja jetzt zu einer friedlichen Verständigung über die Arbeitsbedingungen in ge-nannter Branche zusammengefunden. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. In der Monatsversammlung am 14. Februar teilte der Vorsitzende mit, daß auf die an-regenden Schreiben zur Gründung eines Gaus der Maschinenfabriker nur wenig Zuschriften eingegangen seien, folglich bei solch geringer Beteiligung nicht an eine Grün-dung gedacht werden könne. Eine anregende Debatte zeitigte das in einigen hiesigen Geschäften gepöbelte Zeilen-ausschreiben und wurde beantragt, befristete Regelung dieser Sache mit dem Bezirksvorstande in Verbindung zu treten. Es wurde noch, nachdem verschiedene interne Angelegen-heiten erörtert und ein Mitglied neu aufgenommen wor-den, die Einrichtung eines technischen Briefkastens be-schlossen.

Bh. Greifswald. Gewiß viele Kollegen dürfte ein Bericht von unrer Wasserfante, der „Leuchte Pommerens“, interessieren. Fast unangenehm haben hier schon Gastrollen gegeben und sicher der größte Teil von diesen war froh, bald wieder von dannen ziehen zu können. Denn viel Arbeit und wenig Lohn war noch keines Gerechten Sache. Heute aber kann ich diesen vielen alten Bekannten doch Erfreuliches berichten. Wir dürfen uns heute als Gleich-berechtigte von der übrigen deutschen Kollegenschaft, auch als Gleichbewertete bezeichnen. Denn der Tarif hat auch hier, wie auch schon mancher behauptet hatte: „im Leben nie“, Eingang gefunden. Im vorigen Frühjahr endlich unterschrieben die Firmen Abel, Adler und Thir-mann den Tarif. Die Arbeitsverhältnisse in diesen Druckereien werden nun streng nach den Grundsätzen des Tarifes geregelt. Sache der dort stehenden Kollegen ist es nunmehr, jede etwa drohende Gefahr geschickt ab-zuwenden. Eine rühmliche Ausnahme zu machen behielt sich jedoch die Tageblattdruckerei F. W. Kuntze vor. Es wird zwar dort bei tarifmäßiger Arbeitszeit jetzt auch tarifmäßig bezahlt, aber der Gehaltszahl wegen will man sich nicht schriftlich binden. Und wozu auch, der alte Stamm ist zufrieden und auf diesen allein kommt es

an. Dieser alte Stamm ist übrigens durch den Tod des „Vater Wenöt“ vor 14 Tagen um ein „Original“ ärmer geworden. Derartige natürlliche Lücken werden jedoch zeit-weise durch mutige Wächter von unrer gerechten Sach-wieder gefüllt. Mehr Zeit und Platz will ich jedoch dieser Druckerei nicht widmen, aber ich gebe dem alten Stamme schon heute die heilige Versicherung, daß wir ihm über kurz oder lang die Ehre verschaffen werden, in einer tarif-treuen Druckerei weiter zu — schlafen. Weiter wäre noch die lithographische Anstalt von F. Wärowitz zu erwähen, wo auch ein Schweizerbeben beschäftigt wird; diesem er-klärte Herr B., daß er die Widde vom Tarif-Amt stets in den Papierkorb werfe. Der Mann stellt sich damit das beste Zeugnis selbst aus. Bemerkte ich noch, daß sich die oben erwähnte Firma S. Abel fortgesetzt vergrößert, es stehen dort etwa 30 Setzer, 2 Seksmaschinen und Notation sorgen für schnelle Lieferung der zahlreichen Arbeiten. Unser Ortsverein zählt jetzt 45 Mitglieder.

H.B. Bezirk Krefeld. Die erste diesjährige Bezirks-versammlung fand am 31. Januar in W.-Glabbad im Lokale des Herrn Peter Heinen statt. Es waren 69 Kollegen erschienen und zwar aus: Krefeld 27, W.-Glab-bach 19, Rheindt 16, Biersen 5, Uerdingen 1, Dülfsdorf 1. Zum ersten Punkte wurde der vom Vororte Krefeld ge-wählte Bezirksvorstand akzeptiert und dann einige Ein-gänge besprochen. Dem zweiten Punkte (Jahresbericht) entnehmen wir nur, daß die Mitgliederzahl von 218 auf 249 gestiegen ist. Die Berichte aus den Mitgliedschaften brachten nichts Besonderes zutage. Kollege Bücher verlas den Rechenschaftsbericht pro viertes Quartal 1903; die Einnahme betrug gleichlautend mit der Ausgabe 4157,78 M. Arbeitslos waren 43 Kollegen 1098 Tage, frank 18 Kollegen 321 Tage. Bei der Tageskasse balanzierten Einnahmen und Ausgaben mit 397,58 M. Auf Antrag der Re-visoren wurde dem Kassierer Bedache erteilt. Zum Punkte „Anschlußanträge“ wurden folgende Mitglieder dem Gau-vorstande zum Anschlusse empfohlen: Wilhelm Römer-Briggen, Johann Deuth-Krefeld, Franz Drießen-Lobberich, Jof. Hartberger-Kanten. Bei dem nun zur Verhandlung kommenden Punkte „Anträge“ wurde die Stimmung eine so animierte, daß der Vorsitzende sich genötigt sah, die Versammlung vor Erlebigung der Tagesordnung zu schließen. Die Ursache war hier wie immer, daß die Kollegen zu sehr auf das persönliche Gebiet übergangen, was man doch vermeiden sollte.

Leipzig. (Versammlung des Vereins Leipziger Buch-drucker- und Schriftgießergesellen vom 12. Februar.) Nach Bekanntgabe der monatlichen Bewegungsschrift ver-wies Vorsitzender Engelbrecht darauf, daß in letzter Zeit bei der Firma Spaner im Maschinenbaue verschiedene Tarifverletzungen vorgekommen seien und zwar handelte es sich dabei um jüngere Kollegen, welche ihrer Altersklasse entsprechend nicht richtig entlohnt wurden. Ein Fall sei dem Tarifschiedsgerichte übergeben worden. In einer kleineren Druckerei wurde den Kollegen der Lohn nicht regelmäßig ausbezahlt. Die Firma kam in Kontusz und die Kollegen haben das Nachsehen. Es wurde deshalb der Wunsch ausgesprochen, bei Forderungen des Lohnes sich nicht mit Verzögerungen abweisen zu lassen, um un-lieblichen Erfahrungen aus dem Wege zu gehen. — Die Gedächtnisfeier für unseren Richard Härtel mit darauf-folgender Gründungsfeier des Leipziger Vereins findet am 19. März in der beschlossenen Weise statt. Ein Vor-trag des Kollegen Neßhäuser über das aktuelle Thema „Ärzte und Krankenkassen“ fand lebhaften Beifall und gab zu einer anregenden Diskussion Anlaß. Der dritte Punkt der Tagesordnung: „Geltbewilligung für die stre-tenden Gießer“ zeitigte folgenden Antrag des Kollegen Eisdler: „Die Gießer, resp. die an dem Gießerstreike be-teiligten Personen sind, so lange der Streit dauert, in ent-sprechender Weise zu unterstützen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Magdeburg. Der Maschinenmeisterverein zu Han-nover bringt in Nr. 23 des „Corr.“ verschiedene Ein-wendungen gegen einen von mir verfaßten und in den Arn. 6, 7 und 8 des „Allgem. Anz. f. Dr.“ abgedruckten Artikel. Auf diese Einwendungen habe ich zu erwidern, daß jener Aufsatz direkt und ausschließlich der Praxis ent-stammt und daher meinerseits mit keinem Worte einer Korrektur bedarf. Jedenfalls werde ich nach wie vor alle jene technischen Beobachtungen zu Papier bringen, die eine Veröffentlichung nicht zu scheuen brauchen und es soll mich dabei auch weiter nicht berühren, ob manche meiner technischen Studien, denen ich mit Vorliebe obliege, hier oder da mitteilbares Lächeln oder sonst etwas erregen. Vor den technischen Fortschritten im Gewerbe lassen sich die Augen nun einmal nicht verschließen, wie die Einwendung aus Hannover in ihrem ersten Teile mit dem gut funk-tionierenden automatischen Bogenanleger hinreichend beweist. Die wichtigsten Tatsachen habe ich in meinem Artikel behauptet, welche ich im hiesigen Maschinenmeistervereine unter Vor-sicherung von Druckmustern beweiskräftig belegen konnte. Auch hatte ich am Eingange meiner Abhandlung aus-drücklich betont, Unterfudungen über die Leistungsfähigkeit der Druckmaschinen nur mit Rücksicht auf eine weitere Verklärung der Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe anstellen zu wollen. E. u. a. v. d. K.

-u. München. (Ordentliche Generalversammlung vom 20. Februar.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der kürzlich verstorbenen Kollegen Wucher, Ledinger und H. u. d. z. s. k. in üblicher Weise gelehrt. Beim Punkte „Rechnungsbericht für das IV. Quartal“ gaben Gau- und Ortsrevisoren das gewünschte Resultat bekannt, daß Bücher und Kasse sich in bester Ordnung befanden,

worauf dem Kollegen Zoeltz einstimmig Decharge erteilt wurde. Dem Jahresberichte des Vorstandes, der den Mitgliedern gedruckt vorlag, ist zu entnehmen, daß man auf tariflichem Gebiete von im allgemeinen zufriedenstellenden Verhältnissen sprechen kann; erwähnt muß aber hierbei werden, daß durch die im abgelaufenen Jahre stattgehabten Vertrauensmänner- und Druckereiverfammlungen so manche Mißstände ans Tageslicht gefördert wurden, deren Abstellung in der letzten Zeit erfolgte oder in die Wege geleitet wurde. Viefach ist die Wahrnehmung zu machen, daß an so manchen tariflichen Verstößen, an so manchen eigensinnigen Tarifwidrigkeiten die betr. Gehilfen selbst einen Teil Schuld mittragen, andererseits aber ist auch zu konstatieren, daß in einzelnen Geschäften Arbeitsleistungen verlangt werden, die in keinem Verhältnisse zu der dort florierenden Minimumbezahlung stehen. Hier bessernd eingzugreifen wird ein Teil Arbeit bilden sowohl für die betr. Gehilfen wie auch für die Vorstandschaft im neuen Vereinsjahre. Der paritätische Arbeitsnachweis hat sich mehr und mehr eingebürgert und sind prinzipielle oder sonstige nennenswerte Klagen gegen diesen in abgelaufenen Jahre nicht zutage gebracht worden. In bezug auf die Frequenz ist zu konstatieren, daß die Inanspruchnahme seitens der tariftreuen Firmen etwas zugenommen hat und insoweit auch die Unterbringung der arbeitslosen Kollegen geregelter vor sich ging. Das Tarifgerichtsgericht wurde im vergangenen Jahre siebenmal in Anspruch genommen. Hier von wurden fünf Klagen durch gütliche Vereinbarung erledigt, vier zugunsten der Gehilfen entschieden, bei drei erklärte sich das Schiedsgericht wegen divergierender Aussagen unzuständig und wurden die Parteien an das Gewerbegericht behufs event. Etabnahme verwiesen, bei einer Klage ergab sich Stimmengleichheit (das hierauf angerufene Tarif-Mit fällt gleichfalls keinen bindenden Beschluß), vier Klagen wurden von den Beschwerdeführern als aussichtslos zurückgezogen. Die Zahl der Seznamaschinen beträgt 20 Linotypes und 18 Typographen gegen 19 Linotypes und 13 Typographen im Vorjahre. Mit Beginn des neuen Jahres gelangten 2 Monofines (die ersten in München) und 1 weiterer Typograph zur Auffstellung. Die Zahl der Maschinen steigt von 53 auf 64, wovon 57 dem Verbands angehören. An 25 Maschinen wird in Doppelschicht (16 Stunden), an 5 Maschinen in anderthalbfacher Schicht (12 Stunden), an 8 Maschinen in einfacher Schicht (9 Stunden einchl. 1 Stunde Putzzeit) gearbeitet. Die Entlohnung ist durchweg tariflich (von 33,10 Mk. bis 45 Mk.). In einer Druckerei wird zeitweise ein Lehrling im zweiten Lehrjahre an einer Maschine beschäftigt; dagegen erhobene Vorstellungen waren bis jetzt erfolglos. Das Fehlen von Grundpositionen zur Bewertung der Leistung machte sich in einigen Fällen fühlbar; doch kam es nicht zu ernstlichen Differenzen. Die sanitären Verhältnisse sind im allgemeinen gute zu nennen. Im Besuche der Mitgliedschaftsversammlungen kann gegenüber den Vorjahren eine Besserung verzeichnet werden. Neu zur Einführung kamen Vorstellungen im Münchener Schauspielhaus. Durch das Entgegenkommen der Herren Direktoren war es möglich, in diesem Jahre drei Werke für die Mitgliedschaft zur Aufführung bringen zu lassen. Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1903 von 1308 auf 1384. Dieses allmähliche Steigen der Mitgliedschaftsziffer hält vollkommenen Schritt mit der fortgesetzten Entwicklung des Buchdruckgewerbes in München. Die Gesamtumsatz für Unternehmungen betrug 86 197,12 Mk. (96 674,45 Mk.). Die seit dem Vorjahre zur Einführung gekommene Ausgefeuert-Unterstützung (1 Mk. pro Tag) wurde von 49 Mitgliedern 12 8 Tage in Anspruch genommen. Aus dem freiwilligen Hilfsfonds wird bei Sterbefällen von Mitgliedern oder deren Ehefrauen eine Unterstützung von 120 Mk. gewährt. Diese Unterstützung kam zehn Mal zur Ausbezahlung. Nach einer in der letzten Vertrauensmännerversammlung vorgenommenen Zusammenstellung dürften sich in München noch etwa 170 Nichtmitglieder befinden. Der Kassenbestand der Mitgliedschaft ist von 9485,30 Mk. am Schlusse des Jahres 1902 auf 15 368,98 Mk. am Schlusse des Jahres 1903 gestiegen; der Beitrag betrug wie im Vorjahre insgesamt 1,60 Mk. wöchentlich. An den Gewerkschaftsverein leistete die Mitgliedschaft den alljährlichen Beitrag von 483,20 Mk. Als Beitrag zu den Kosten der Reichstagswahlen brachten die Mitglieder 175,85 Mk. in freiwilliger Sammlung auf. Die Bibliothek, die im abgelaufenen Jahre durch Zuwendungen, Ankäufe usw. eine beträchtliche Vermehrung aufzuweisen hat, hat nunmehr einen Bestand von 1278 Bänden erreicht. Sie war an 77 Abenden geöffnet und wurde von 292 Frequenzen 1600 Mal in Anspruch genommen; davon von 34 Lehrlingen 184 Mal. Das „Corr.“-Obligatorium, auf zwei Mitglieder ein Exemplar, hat sich gut eingebürgert und erforderte von der Drucksache für rund 650 Exemplare einen Aufwand von 1673,18 Mk. Nach Erledigung einer größeren Zahl von Aufnahmefragen wurde in die Beratung der Abänderung des Ortsreglements gestellten Anträge eingetretet. Vom Kollegen Pfang wurde beantragt, es solle beim Ableben eines Mitgliedes an dessen gesetzliche Erben sowie beim Ableben von Ehefrauen der Mitglieder aus der Drucksache eine einmalige Unterstützung von 120 Mk. als Zuschuß zu den Beerdigungskosten gewährt werden. Kollege Pfang begründete diesen Antrag damit, daß man im vorigen Jahre von der obligatorischen Einführung eines Sterbegeldzuschusses wegen der finanziellen Lage der Drucksache Abstand nahm, nachdem aber das Ortsvereinsvermögen im vergangenen Jahre ganz beträchtlich angewachsen, glaubte der Antragsteller, wären

alle früher geäußerten Bedenken zerstreut. Wie notwendig eine derartige Unterstützung sei, beweise, daß seit dem vorigen Jahre die Mitgliederzahl von 600 auf 1100, also beinahe um das Doppelte angewachsen sei. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages stellte Kollege Pfang den Eventualantrag: bei jedem Sterbefalle den freiwillig zu leistenden Beitrag von 15 auf 10 Pf. pro Mitglied zu reduzieren und die Sterbegeldquote mit 120 Mk. besteuern zu lassen. Während der erste Antrag abgelehnt wurde, weil mit demselben eine jährliche Ausgabe von 2000 bis 3000 Mk. verbunden ist und man wenig Hoffnung hat auf einen gleich guten Geschäftsgang wie im Vorjahre, fand letzter Antrag nicht nur die Unterstützung des Ortsvorstandes, sondern derselbe wurde auch von der Versammlung fast einstimmig angenommen. Die Bibliothek betreffende Anträge und Wünsche fanden insofern ihre Erledigung, als der Ausschuss angewiesen wurde, bei der demnächst stattfindenden Neuausarbeitung der Bibliotheksordnung die vorgebrachten Anregungen in Erwägung zu ziehen. Ein vom Kollegen Vlasenbräu (vielleicht identisch mit dem Kollegen Vlasenbräu in Fürth? Red.) zum Goutage gestellter Antrag: „Von drei zu drei Jahren ist eine Statistik über die Verhältnisse im Gau Bayern aufzunehmen, wie dies bereits in den Jahren 1894 und 1898 geschehen ist“, fand einstimmige Annahme. Der Ortsvereinsbeitrag wurde wie im Vorjahre auf gleicher Höhe belassen. Bezüglich der Festsetzung der Remuneration für den Ortsvorstand und der Neuwahl des Ausschusses wurde der allgemein Zustimmung findende Vorschlag gemacht, diese beiden Punkte zurückzustellen bis der Goutage in bezug auf Anstellung eines Orts- und Gauvorsitzenden das entscheidende Wort gesprochen. Die bisherigen Gau-revisoren Simon, Heilmann, Tesar und Köhl wurden einstimmig wiedergewählt.

Rundschau.

Die Tariftreue des Gutenberg-Bundes in vollster Glorie erstrahlt wieder einmal in Berlin. Nicht daß diese Sprengflosche einen, wenn auch nur den kleinsten Versuch unternommen, unserm Gewerbegehe weiter Ausdehnung oder an einer wackeligen Position größere Befestigung zu verschaffen — bewahre, als Retter in der Not erscheint diese Zuflucht wieder auf dem Plane, um gemäß ihrer Bestimmung einem konfliktklüfternen Unternehmer als Schutzgarde zu dienen. Wie bereits in letzter Nummer gemeldet, ist das gesamte Personal von Haafenstein & Vogler in Berlin in den Ausstand getreten und das zwar aus Gründen, welche den Brüdern mit der wahren Kollegialität wieder die Bestätigung ihrer hervorragenden Eigenschaften als Schutzpatron angeblich bedrohter Unternehmerinteressen bringt. Es ist uns von Berlin ja noch keine weitere Mitteilung zugegangen — das Postkutschentempo zwischen der Berliner Mitterstraße und der Salomonstraße in Leipzig kennen wir zur Genüge — aber aus einer im Berliner „Vorwärts“ vom Kollegen Massini eifrigt gebrachten ausführlichen Darstellung des Konfliktes wollen wir doch das Hauptsächliche bringen. Haafenstein & Vogler haben nämlich vor einiger Zeit ihren langjährigen Faktor und den Obermaschinenmeister der Funktionen, Einstellungen und Entlassungen vorzunehmen, entbunden. Die Firma benutzte alsbald den sogenannten Arbeitsnachweis des Gutenberg-Bundes als passende Gelegenheit, sich mit willigen Arbeitskräften zu versehen, der vom Personale dagegen erhobene Einwand wurde zurückgewiesen. Die Kollegen Gieseke und Massini setzten sich darauf mit Haafenstein & Vogler in Verbindung. Die Frage, was sie eigentlich gegen das jetzige Personal hätten, blieb unbeantwortet. Sie wollten eben ein gemischtes Personal — halb Verbandsmitglieder und halb Bündler — haben und glaubten zu einem solchen Vorgehen als im Rahmen ihrer Tariftreue gelegen berechtigt zu sein; eine Ansicht, welche der angerufene Prinzipalsvertreter entschieden widerlegte. Das Personal war sich nun klar, daß etwas gegen die Gesamtheit desselben im Anzuge sei. Als daher am Sonnabend der Geschäftsführer nach der Stellungnahme des Personals frag, wurde ihm geantwortet, daß dasselbe auf seinem Verlangen bestehen bleiben: daß der deutsche Buchdruckertarif in allen seinen Teilen von der Firma innegehalten werden müsse, ebenso wie alle sonstigen Bestimmungen des Tarif-Ausschusses; dazu gehöre in allererster Reihe der Tarif-Arbeitsnachweis. Vermittelt der Tarif-Arbeitsnachweis Gutenberg-Bündler, so stehe dem nichts im Wege, unsere Mitglieder arbeiten mit jedermann gern zusammen, aber lediglich von dem nicht tariftreuen Arbeitsnachweise des Gutenberg-Bundes Gehilfen zu engagieren, widerspreche ihrer (der Gehilfen) Tariftreue. Darauf erklärte die Firma, daß sie sämtlich entlassen seien. In Ruhe und Ordnung entfernte sich das gesamte Personal vom Wagenwäcker bis zum Obermaschinenmeister und Faktor, im ganzen gegen 120 Personen. Nur zwei Gutenberg-Bündler brachten es fertig, sich von dem letzten Hilfsarbeiter, von der jüngsten Arbeiterin auszuscheiden zu lassen, sie blieben als die traditionellen getreuen Friedoline an ihren Plätzen stehen und warten auf die nun einrückende Ersatzmannschaft aus der Jakobstraße. Vom Gehilfenvertreter ist bereits die Streichung von Haafenstein & Vogler aus dem Tarifverzeichnis beantragt. Beim nächsten Stiftungsfeste der Berliner Bündler aber wird genannte Firma auf der Ehrenliste der dankbaren Wohlthäter prangen und vielleicht werden Haafenstein & Vogler ihrer klingenden Anerkennung über die Hilfeleistung

in der augenblicklichen Not die nämliche Beweihräucherung des Gutenberg-Bundes als einer dem Unternehmertume unter allen Umständen genehmen Vereinigung hinzufügen, mit welcher zum zehnjährigen Bestehen des Bundes eine Erfurter Firma die Blasiage für denselben so außerordentlich zu veranschaulichen verstand. Rentabilität der Buchdruckerei als Aktienunternehmen: „Deutsche Tageszeitung“ in Berlin 8 Proz., Ostpreussische Druckerei und Verlagsanstalt in Königsberg 5 Proz., Pfeffer Buchdruckerei 16 Proz. Der deutsche Reichstag hatte in der vergangenen Woche seine großen Tage. Die ins Treffen geschickten Volksboten waren überwiegend noch kleinlicher Redner, unter denen der Wülfsäuer Fabrikant Schlumberger wie auch der konservative Herr von Niepenhausen sich sehr verdient machten um das Mißeminent des meist recht schwach besetzten Hauses. Zunächst wurde der Postetat erledigt und fanden dabei die berühmten Ostmarkenzulagen eine starke Ablehnung, nachdem die Verwandtschaft derselben mit der preussischen Postpolitik hinreichend demonstriert worden war. Bei dem Etat des Reichseisenbahnamt schlugen die Wünsche nach einer Reichseisenbahngemeinschaft und einer Verbesserung uners Eisenbahnwesens ansehnliche Wellen. Nun hat ja der 1876er Vorjahre des gegenwärtigen Reichstages die ihn von Bismarck gegebene Gelegenheit zur Vereinheitlichung dieses Gebietes aus partikularistischen Gründen abgelehnt, auf welche selbe Ursachen man jedoch heute noch den zwischen allen Bahnverwaltungen herrschenden Krieg, wie er sich in der Umleitung des Durchgangsverkehrs usw. repräsentiert, zurückführt. Von dem bahngewaltigen Preußen will man sich nirgends umgarnen lassen, aber eine Reichsgemeinschaft und billigere Tariffätze, bessere Wagen und bessere Verbindungen will man allgemein; Baden und Württemberg sind in puncto Billigkeit und Verkehrsbequemlichkeit ja am weitesten voran, Sachsen am meisten zurück. In der Kritik der Eisenbahnverwaltungen — der Zentrumsmann Erberger nennt sie samt und sonders verkehrspolitische Sünden — waren sich die einzelnen Richtungen des Hauses ziemlich einig, der nationalliberale Fieber konnte z. B. kein Einverständnis mit den temperamentvollen Ausführungen uners Kollegen Hilbenbrand fast in allen Punkten erklären. Der preussische Eisenbahnminister als Chef der esnaß-lothringischen Bahnen hatte sodann eine Scheintanontze zu bestehen, denn in der Hauptsache galten die Ausführungen doch dem Leiter des Niepenbetriebes, genannt königlich preussische Staatsbahnen. Derselbe tat sich manches zu gute auf seine im Interesse der unteren Beamten eingeführten Reformen; so habe sich unter seinem Regimente die zwölfstündige Arbeitszeit um 7,2 Proz. verringert; ein Tempo, wobei es noch sehr lange Weile zum Zehnstundentage hat, wie Hilbenbrand ganz richtig bemerkte. Eine zum mindesten gewagte, von Wolkensbuhr später auch mit Zahlen widerlegte Behauptung, gab Minister Budde als von den Arbeiterausführe der Reichsbahnen gesehen wieder, daß nämlich die Arbeiter in der Privatindustrie schlechter gestellt seien als im Eisenbahndienste. Die Hauptfrage war wie beim Postetat auch hier wieder die des Koalitionsrechtes für die Eisenbahner. Dieser ging der Eisenbahnminister mit Berufung auf seine frühere ablehnende Antwort und dann mit dem Hinweis aus dem Wege, daß beim Kapitel der Reichseisenbahnen die Angelegenheit eine rein theoretische Debatte sei. Die Begründung der Resolution Niepenhausen (konf.) auf Vorlegung eines Heimstättengejetentwurfes verfehte selbst dessen Parteifreunde in gelinde Verzweiflung. Beim Etat Zufußverwaltung sprach man sich zunächst allgemein für Schaffung eines sogen. Automobilgesetzes aus, um dem wahnwitzigen Tollen der Ziffstoffteute besser beizukommen als etwa mit acht Tagen Gefängnis für Tötung eines Menschenlebens. Die Frage ist nur, ob Preußen will; Staatssekretär Niederberding machte mit dieser Einschaltung eine recht unglückliche Figur. Dann kam die schon oft berührte Frage der Gefängnis- und Zuchthausarbeit, beaufichtigt uns Buchdruckern (und namentlich den Hamburger Kollegen) ein auch nicht unbekanntes Kapitel. Es wurde ausgeführt, daß ein in Gefängnissen arbeiten lassender Unternehmer bei 100 beschäftigten Gefangenen jährlich 30000 Mk. verdiene. Nach regierungsfreier Erklärung ist zwar die Gefängnisarbeit von 63 Proz. in 869 auf 37 Proz. jetzt zurückgegangen; es solle auch weiter auf Beschränkungen Bedacht genommen werden, einheitliche Bestimmungen zu treffen sei aber unmöglich, was durchaus nicht einleuchtet. Das Verlangen nach einem Objektentwurf auf Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker fand ein Echo bei der Regierung, ein neuer Entwurf ist bereits ausgearbeitet und gelangt jetzt zur Einzelberatung bei den Regierungen. Am letzten Tage gab es eine Debatte über die Verhandlung von Preßbüchern, wozu in erster Linie der Fall Biermann in Oldenburg reichlich Gelegenheit bot und wobei der Minister des Zeus, Herr Mühlstrat, wieder sehr schlecht fortkam. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes machte auf die von den Sozialdemokraten, Freisinnigen und dem Zentrum kommenden Anzapsungen zwar die schon bekannte Mitteilung, daß Gefangene mit und ohne bürgerliche Ehrenrechte in Zukunft bei Transporten nicht mehr zusammengekoppelt werden dürfen — wach ein Fortschritt! —, daß bezüglich der Behandlung von Journalisten im Gefängnisse (Selbstbeschäftigung und Selbstbefähigung) bei der im Gange befindlichen Revision der Bestimmungen des Strafvollzuges aber keine Änderung eintreten werde. Warum sollen denn Verbrechen die durch die Presse begangen worden sind, milder beurteilt werden als sonstige

Vergehen? Ist eine verleumderische Beleidigung eines Mannes durch die Presse, bei der die ganze Ehrliebe des Angegriffenen untergraben wird, weniger schlimm, als eine Verleumdung schlechtweg? Welche Veranlassung liegt vor, in einem solchen Falle dem Redakteur eine Milderung zuzumessen zu lassen auf dem Wege der Bezugsung zum Nachteil von anderen Gefangenen? Die verbündeten Regierungen werden sich schwerlich auf eine Remedur in der vorgeschlagenen Richtung einlassen, denn sie würden der Gerechtigkeit direkt ins Gesicht schlagen." Mit der sehr milden Bestrafungsform von Duellanten und Soldatensoldaten unter den Offizieren, mit dem fidelem Gefängnisleben des dem schwarzen Femininum so zugetanen Prinzen Prosper von Arenberg schlägt man der Gerechtigkeit natürlich nicht ins Gesicht! Zum Schlusse der parlamentarischen Woche ging es dann bei Erörterung des Fremdenrechtes zu einer Debatte über den Russenturs über. Die am Montag der vorigen Woche im Abgeordnetenhause über den königsberger Geheimbundsprozess so ins Bolle gegangenen preussischen Minister des Innern und der Justiz waren zur Stelle, um auch auf den bornigen Pfaden des aus allen Schichten zusammengelesenen Reichsparlamentes Vorbeeren für sich zu suchen, im preussischen Landtage haben sie deren ja reichlich und mühelos eingeheimt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Haase als der Sache Nächstehender ergriff als erster Redner das Wort, er wird dazu wohl noch öfters kommen bei dieser Debatte. In der nächsten Reichstagsüberfahrt werden wir sehen, wie der Haase gelaufen ist.

Gegen die Stimmungsmache der Verzeze bzw. der denselben als Sprachrohr dienenden Presse wird jetzt allgemein Verwahrung eingelegt. So lesen wir in der Magdeburger „Volkstimme": „Die Arbeitgeber einer großen Zahl von Driskrankentassen in Berlin, Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Gannstadt, Kottbus, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Forst, Frankfurt a. M., Gera, Hamburg, Kiel, Lübeck, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Nürnberg, Offenbach, Oshag, Plauen, Rixdorf, Stuttgart, Wiesbaden und Wismar wenden sich in einer Erklärung gegen die in letzter Zeit vielfach hervorgetretene Behauptung, daß die Driskrankentassen meist von einer bestimmten politischen Partei beherrscht und ihre Maßnahmen und Beschlüsse von irgendwelchen politischen Erwägungen beeinflusst würden. Sie erklären, daß Politik in den Kassen nicht getrieben, vielmehr alles in sachlicher Weise erledigt werde, keinesfalls würden die Arbeitgeber von den die Wehrigkeit bildenden Vertretern der Arbeitnehmer majorisiert. Die Erklärung verweist auf die Tatsache, daß auf zahlreichen Gebieten des gewerblichen Lebens die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, trotz grundsätzlicher Verschiedenheit der politischen Meinung, zu gemeinsamer sachlicher Arbeit sich zusammengefunden hätten. Weiter wird auf die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker exemplifiziert."

Frau Justitia's Befinden in Crimmitschau ist noch immer das eines hartnäckig anormalen Zustandes. In Würdigung dessen ist es denn auch nicht sonderlich auffällig, daß von den wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung oder sonst eines des Strafgesetzbuches vor Gericht zitierten, am Kampfe beteiligten gewissen Personen selten eine ihrem Schicksale entgeht. Daß die Maßnahmen die Regel bestätigen, zeigt der Fall, welcher zur

Freisprechung eines solchen Beklagten führte, der nämlich das Recht der persönlichen Freiheit dazu mißbrauchte, in der Entfernung von nur 40 Schritten von einem Gendarmenwachmeister zu lachen, höhnisch zu lachen, wie der sich getränkt fühlende Brigadier behauptet. Ebenso verständlich ist es unter diesen Umständen auch, daß ein Fabrikant der Beleidigung sämtlicher Delegierter zum Gewerkschaftskartelle für unschuldig befunden bzw. daß das Verfahren gegen einen solchen durch den langen Krieg sowieso arg mitgenommener Unternehmer eingestellt wurde. Die Äußerung: „Der Hecht und der Schiller mit seinem Gewerkschaftskartelle, das sind auch solche wortbrüchigen Sauen" ist doch gewiß eine recht harmlose oder wie Dreißigpücker jagen würde: eine rein bildlich gemeinte Nebenwendung gewesen. Man kann ferner auch nichts dagegen einwenden, wenn von den besonders nützlichen und staats-erhaltenden Elementen, den lieben Arbeitswilligen, einmal der Versuch unternommen wird, mit den freitenden Arbeitern in nähere Fühlung zu treten. Daß im vorliegenden Falle nun eine ganze Anzahl einen der letzteren windelweich geschlagen und sich mit dem am Boden liegenden in etwas unanfechtbarer Weise besetzt, ist auch noch nicht schlimm. Wenn ein Stuhlmeister von dem Zeugen auch mit ziemlicher Bestimmtheit als die den Takt zu diesem Prügelkonzert angegebene Person bezeichnet werden konnte, so war es jedenfalls besser, auf einen so gewagten Indizienbeweis hin keine Verurteilung eintreten zu lassen — zumal in solchen Zeitläuften ein Dolus doch nach keiner Richtung hin vorliegen kann — sondern die ganze Gesellschaft lieber freizusprechen.

Auch in Charlottenburg hat eine Arbeitslosenanzahl die wesentliche Verbesserung der Geschäftskonjunktur bestätigt. Vor zwei Jahren wurden bei diesen Ermittlungen 2278 männliche und 386 weibliche Arbeitslose festgestellt, Ende Februar d. J. waren aber nur 581 männliche und 34 weibliche Personen arbeitslos.

Der Ahsifundentag ist den städtischen Arbeitern in Chemnitz nach langen Bemühungen nun von der Stadterordnetenversammlung bewilligt worden, die Löhne bleiben die seitherigen. — In Kammstadt haben nach zweektägigem Kampfe die Maurer die Anerkennung ihrer Forderungen durchgesetzt. — In Berlin haben die Schlosser und Schmiede einer mittlern Fabrik die Arbeit niedergelegt, weil der Fabrikherr sich nicht zur Anerkennung des abgeschlossenen Tarifes bequemen will. Die Zinnung als auch der Verband der Berliner Schloßereien unterstützen das Vorgehen dieser Arbeiter in aller Form. In Antwerpen stehen die Aktien für die Diamantarbeiter sehr günstig. Die Zahl der zu den Verbandsbedingungen arbeitenden Mühlen nimmt ebenso ständig zu, wie der Zusammenhalt der Juweliere im Schwimben begriffen ist.

Briefkasten.

H. Sch. in Wanne: 1. Wenn Sie den Artikel schon geschrieben haben, so senden Sie ihn nur ein; wir werden ja dann sehen. 2. Haben selbst nur ein Exemplar davon; wenden Sie sich an den Herrn selbst: Berlin C, Mohlstraße 3. 3. Warum denn solche Silbentochereien? Ihre Ausführungen sind doch nicht allein gemeint. — E. R. in Magdeburg: Ihre in Halle geschwungenen Reden haben doch nicht den geringsten Zusammenhang mit Ihrer

jetigen Angelegenheit; wird deshalb gestrichen. — P. R. in Dresden: Das machen wir nicht, schon der Konsequenzen wegen. — J. S. in Köln: 2,75 Mk. — R. Schn. in Heidelberg: 3,75 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamissoplatz 6, III.

Darmstadt. In den Vorstand wurden für das laufende Geschäftsjahr gewählt: Alwin May, Schwannestraße 2, Vorsitzender; Friedrich Böhme, Eberstadt bei Darmstadt, Neue Darmstädterstr. 76, Kassierer; W. Dulke, Schriftführer; W. Ernst, Bibliothekar; Hermann Pauli und W. Knoblauch, Revisoren; Jean Köth, Krankenbesucher.

Erfurt. Der Schweizerberger Wilhelm Orban aus Goldlauter, welcher Anfang Februar von Jella St. Blasii, wofolbst er bis 30. Januar konditionierte, ohne Buch abgereicht ist, wird ersucht, seine Adresse an E. Sonnenstädt, Auenstraße 30, gelangen zu lassen.

Essen a. Ruhr. (Berichtigung.) Die in Nr. 24 bekannt gegebene Adresse ist die des Vorsitzenden des hiesigen Majchinenmeistervereins.

Magdeburg. Der Sezer Heinrich Hünze aus Wegeleben (Hauptbuchnummer 51335) wird hiermit aufgefordert, seine Adresse an Ad. Reimert, Gr. Mühlentstr. 1a, einzuliefern, widrigenfalls Auschluss erfolgt. — Der Sezer Paul Balger aus Wühlwaltertsdorf (Hauptbuchnummer 4073) wird ebenfalls ersucht, seine Adresse einzuliefern.

Mainz. (Maschinenmeisterklub.) Der Vorstand stellt sich für das laufende Geschäftsjahr aus folgenden Kollegen zusammen: Wilh. Baeyer, Wallaustraße 14, II, erster Vorsitzender; Hugo Bente, Umbach 4, Kassierer; Joh. Jak. Kreiner, Schriftführer; Leonhard Wehrstich und Christoph Verlauler, Beisitzer.

Wald (Rhd.) Um die Adresse des Sezers Otto Wichmann, früher in Wald, jetzt in Lüdenscheid in Kondition, ersucht freundlichst der Vorsitzende W. Freyer, Heufeldchenstraße 16.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Köln. Dem auf der Reise befindlichen Sezer Ed. Schreiber aus Konig (Hauptbuchnummer 31226) ist angeblickt in Stettin sein Buch verloren gegangen. Es wurde ihm daher ein neues mit dem entsprechenden Vermerke ausgestellt und wird daher das erste Buch für ungültig erklärt.

Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 289.

Briefadresse: s. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Die Adresse des Gehilfenvorsitzenden des Tariffchiedsgerichtes für Schleswig-Holstein lautet jetzt: F. Woesch, Kiel, Prinz Heinrichstraße 7.

Berlin, 27. Februar 1904.

Gg. W. Bügenstein, L. S. Giesede, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Bezirk Frankfurt a. M. Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Sonntag den 6. März, vormittags 1/10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über das abgelaufene Jahr; 2. Rechnungslegung; 3. Bericht der Revisoren und Deschargerteilung; 4. Festsetzung der Beiträge; 5. Bericht der Bibliothekare; 6. Bericht des Kassenverwalters; 7. Renumeration des Vorstandes und der Bibliothekare; 8. Vorschläge zur Neuwahl des Bezirksvorstandes (hierzu Antrag des Vorstandes, denselben nicht mehr durch Krabstimmung, sondern in der Generalversammlung zu wählen); 9. Neuwahl zu den übrigen Aemtern; 10. Neuwahl des Kreis- und Arbeitslosenassessors; 11. Sonstige Anträge.

Um zahlreichen und pünktlichen Besuch ersucht

Der Vorstand. [11]

Offerten erbeten zur Herstellung eines größeren typographischen

Kataloges für Uhrenfabrikation

sowie eines größeren Quantums in dieser Branche einschlagender

Rilischees

(Case postale 1049, La Chaux-de-Fonds (Schweiz). [703]

Zuche einen tüchtigen

Stempelschneidergehilfen

nicht unter 22 Jahren. W. Kirkwood jr., Frankfurt a. M., Wüntersburg Allee 19. [727]

Dresden. Montag den 7. März, abends 9 Uhr beginnt in

Sünger-Rasino, Große Bräuerstraße, ein Stenographie-Kursus

System Stenodactygraphie. Bestes deutsches Stenodactygraphie-System. In zehn Stunden perierter Stenographie und von jedem leicht erlernbar. Bedeutendste Erfolge erzielt. Honorar einzeln, Lehrmittel 2 Mk. Stenodactygraphie-Verein Dresden-West.

Verleger: E. Dublin, Berlin. — Verantwortl. Redakteur: L. Rexhäuser in Leipzig.

Sonntag den 6. März, vormittags 11/10 Uhr, in Gütiges Etablissement (D. Springborn), Valentinskamp:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Entlastung des Vorstandes für die gelegte Rechnung; 3. Aufforderung von Kandidaten zur Neuwahl der Mitglieder des Vorstandes; 4. Anträge zu der im April stattfindenden Tarif-Ausschuss-Sitzung; 5. Antrag E. Propper: Beiräte die Einführung wöchentlich „Vereinsmitteilungen“, in welchen allgemeine Mitteilungen sowie die Kranken-, Konditionslosen- und Restantenliste veröffentlicht werden; 6. Antrag S. Gohm: Beiräte, den früher gefassten Beschluß betreffs Erhebung eines Eintrittsgeldes zu unseren Vergütungen wieder aufzuheben. Es ist Pflicht der Kollegen, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand. [15]

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein

Sitz Berlin.

Sonntag den 6. März, nachmittags 3 Uhr: Monatsversammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal VII

Engelstraße 15.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Neuaufnahmen; 3. Das Ergebnis der von der Zentralkommission aufgenommenen Statistik (Dreiernt Kollege G. G. G.); 4. Verschiedenes. Das gemüthliche Zusammenfinden findet von 7 Uhr ab in Saal II und III statt.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand. [723]

Darmstadt. Sonntag den 6. März, in Güttingers Brauerei (Ludwigsplatz): Allgemeine Versammlung der tariflosen Gehilfen. Tagesordnung: Berichterstattung über die Kreisamts-Sitzung. Hieraus:

Bezirksversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Beschlußfassung über die in der Generalversammlung anberichtigten Anträge; 3. Einführung von Wochenapportheiten.

Weimar. Sonnabend den 5. März, 1/10 Uhr: Versammlung.

Dresden Buchdruck-Ver. Dresden

Sonntag den 6. März, vormittags 11 Uhr:

Monatsversammlung

im Vereinslokale. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand. [724]

Deutscher Buchdrucker-Kalender

für 1904

von Ludwig Rexhäuser.

Preis 1 Mk.

Verlag von Radelli & Hille, Leipzig

Salomonstraße 8.

Am 27. Februar verschied in Hanau unser wertiges Mitglied, Kollege

Max Möbius

im Alter von 86 Jahren. [730]

Wir werden dem Entschlafenen, der sich während der kurzen Zeit seines Hierseins die Achtung aller zu erwerben wusste, stets ein freundliches Andenken bewahren.

Bezirksverein Heidelberg.

Sage allen Kollegen und Freunden meinen besten Dank für die herrliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden, die sie meinem geliebten Manne zuteil werden lassen. [732]

Köln a. Rh., den 28. Februar 1904.

Frau Wwe. Jac. Hanquet.

Am 27. d. M. verschied nach schwerem Leiden unser früheres Mitglied, Kollege

Max Möbius

aus Leipzig. Sein Andenken wird stets in Ehren halten Ortsverein Hanau. [728]

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel)

Kohlgrabenstraße 48

liefert Werke aller Art zu Cadenpreisen franko.

Vertrieb durch Buchdrucker und Schriftsetzer.

Etwa 1700 sachgem. u. u. fachgelehrte Wörter und Redensarten, sprachlich und sachlich kurz erläutert von L. Zimmich. 1,20 Mk.

Druck von Radelli & Hille in Leipzig.